

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen
(24. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Brandner, Marc Bernhard, Roger Beckamp, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/4064 –**

Erweiterungsbau für das Bundeskanzleramt stoppen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, die Planungen für den Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes einzustellen, die Behebung des Mangels an Büroräumen durch Heimarbeitslösungen zu prüfen sowie den Personalzuwachs im Bundeskanzleramt zu stoppen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/4064 abzulehnen.

Berlin, den 29. März 2023

Der Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Sandra Weeser
Vorsitzende

Stephan Brandner
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Stephan Brandner

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/4064** wurde in der 63. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Oktober 2022 erstmals beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung sowie den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag auf Drucksache 20/4064 beinhaltet, dass die Bundesregierung aufgefordert werden soll,

1. die Planung für den Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes in Berlin nicht weiterzuverfolgen und durch den Haushaltsgesetzgeber keinerlei Mittel für den Bau freizugeben,
2. zu prüfen, inwiefern Heimarbeitslösungen kurz- und mittelfristig den Mangel an Büroräumen beheben könnten,
3. anzustreben, den Personalzuwachs im Bundeskanzleramt zu stoppen und die Rückübertragung von Aufgabenbereichen in die Ministerien zu fokussieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung** hat im Umlaufverfahren mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltshauschuss** hat in seiner 43. Sitzung am 1. März 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/4064 in seiner 38. Sitzung am 29. März 2023 ohne Debatte abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Berlin, den 29. März 2023

Stephan Brandner
Berichterstatler

